

## Gesellschaften im Wandel 2

---

Ziel der Reihe ist es, die Prozesse des ökonomischen, politischen, sozialen und nicht zuletzt auch kognitiven Umbruchs in den ehemals sozialistischen Gesellschaften und deren Folgen zu dokumentieren. Diese historisch ungewöhnliche Situation stellt auch eine Herausforderung an die Sozialwissenschaften dar. In der Reihe werden Bände erscheinen, die diese Transformationsprozesse sozialwissenschaftlich analysieren.

Der Nutzen ist die Information der Öffentlichkeit – und nicht nur der wissenschaftlichen – über die genannten Transformationsprozesse. Ferner erwarten wir durch diese Studien und deren Publikation erhebliche Fortschritte in der Beschreibung und Erklärung sozialen Wandels.

Herausgeber:

Prof. Dr. Hartmut Esser, Mannheim

Prof. Dr. Jürgen Friedrichs, Köln

Prof. Dr. Max Kaase, Mannheim

## Psychologische Aspekte des sozio-politischen Wandels in Ostdeutschland

Herausgegeben von Gisela Trommsdorff



Walter de Gruyter  
Berlin · New York · 1994

## Umverteilungen nach der Vereinigung: Über den Bedarf an Psychologie nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik<sup>1</sup>

Leo Montada

Die Gerechtigkeit der in großem Umfang notwendigen Umverteilungen von den alten in die neuen Bundesländer wird unter Rückgriff auf die Forschung über Soziale Gerechtigkeit und Hilfeleistungen diskutiert. Die Ansichten über gerechte Verteilungen und Ansprüche variieren je nach präferierten Verteilungsprinzipien und Zuschreibungen von Verantwortlichkeit für die Problemlage. Hier sind immer verschiedene Optionen möglich. Für die Akzeptanz oder Abwehr von Umverteilungen im Westen sind die Beurteilung der Ungerechtigkeiten, die aus der erzwungenen Teilung und den drastisch verschiedenen Entwicklungschancen innerhalb der westlichen und der östlichen Einflusssphären herrühren, relevant, ebenso aber auch die Bewertung der "Selbstverschuldungsanteile" durch das SED-Regime sowie die Frage, ob die Bevölkerungsmehrheit der DDR das Regime gestützt, akzeptiert oder abgelehnt hat. Bei Umverteilungen auf lange Sicht sind neben Gerechtigkeits- immer auch Effizienzgesichtspunkte relevant. Sie bergen Fallen insofern, als die Akzeptanz fortgesetzter Transferleistungen von deren Effizienz abhängt. Es ist deshalb nötig, neben einer Begründung der Anspruchsberechtigung halbwegs realistische Erwartungen über die Effizienz der Transfers zu verbreiten. Man wird einen stetigen Diskurs über diese Themen benötigen, um soziale Spannungen zwischen den Bevölkerungen in den alten und neuen Bundesländern zu dämpfen. Die Spannungen werden um so schärfer, je häufiger einseitige Sichtweisen über Anspruchsberechtigung, Verteilungsgerechtigkeit und Verantwortlichkeit für die Problemlage apodiktisch vertreten werden.

Die staatliche deutsche Einheit wurde am 3. Oktober 1990 formal vollzogen. Die Entwicklung zu einer Einheit im Sinne einheitlicher Lebensbedingungen in den neuen und alten Bundesländern wird noch lange Zeit benötigen. Ungleichheiten im Zugang zum Arbeitsmarkt, im Einkommen und im privaten Besitzstand, in der Absicherung gegen Lebensrisiken, in der Qualität von Wohnungen und Wohnumgebungen und andere mehr sind noch auf längere Zeit zu erwarten. Das Ausmaß der Unterschiede wurde anfänglich drastisch unterschätzt. Erst im Laufe des Jahres 1992 wurden die Einschätzungen korrigiert und der Finanzbedarf zur Herstellung der Einheit realistischer geschätzt.

Die Entwicklung zu halbwegs einheitlichen Lebensbedingungen setzt Umverteilungen großen Ausmaßes voraus. Die neuen Bundesländer benötigen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Wirtschaft und Wissenschaft, im Bildungs- und Sozialbereich, im Infrastrukturausbau usw. riesige Transferleistungen, weil das Steueraufkommen nur einen kleinen Teil der notwendigen Budgets deckt. Diese Transferleistungen bedeuten Umverteilungen, die von den Bürgern im Westen spürbare Einschränkungen verlangen werden, deren Akzeptanz im Westen keineswegs als dauerhaft gegeben angesehen werden sollte, wie die jüngsten Auseinandersetzungen über den Solidarpakt gezeigt

haben. Auf der anderen Seite gibt es in den neuen Bundesländern Enttäuschung und Empörung über fortbestehende und neue Nachteile (wie z.B. Arbeitslosigkeit).

Die Stimmen im Osten der Republik, die fortdauernde alte oder neue Ungerechtigkeiten anprangern, haben sich gemehrt, die Stimmen im Westen, die die Übernahme der Altlasten ablehnen und Grenzen der Umverteilungen fordern, ebenfalls. Empörung über Ungerechtigkeiten birgt immer die Gefahr sozialer Konflikte, sozialer Diskriminierung und der Entstehung von Ressentiments. Das Sozialklima in Deutschland könnte längerfristig belastet sein. Es lohnt daher, über Voraussetzungen und Barrieren einer Akzeptanz des Lastenausgleichs auf der einen und einer Akzeptanz einer längeren Periode bis zur Angleichung der Lebensbedingungen auf der anderen Seite nachzudenken. Die Psychologie hat hierzu einiges beizutragen. Ich werde versuchen, einige relevante Ergebnisse der Forschung zur Verteilungsgerechtigkeit und zum Hilfehandeln auf die deutsche Problemsituation anzuwenden und auf dieser Basis einige Anregungen zu möglichem präventiven Handeln zu geben.

Die alte Bundesrepublik war - wie Wolf Lepenies (1992) formulierte - auf den Verteidigungsfall vorbereitet, nicht aber auf den Vereinigungsfall. Das war historisch verständlich, birgt aber Risiken, die hätten vermieden werden können. Es fehlte an Wissen über den Zustand von Wirtschaft, Verwaltung und Infrastruktur in der DDR, aus dem realistische Erwartungen über die notwendigen Umbau- und Aufbauleistungen hätten abgeleitet werden können. Es fehlte an Konzeptionen für praktische und rechtsförmige Lösungen vieler Probleme (z.B. zur Behandlung der Unrechtstaten des DDR-Regimes, der Eigentumskonflikte, der Wettbewerbsnachteile der ostdeutschen Industrie). Es fehlte und fehlt immer noch an stringenten Argumentationen, mit denen in den Bevölkerungen der neuen wie der alten Bundesländer für eine Akzeptanz der zu erwartenden Belastungen geworben und mit denen ungünstigen sozialen Konstruktionen der Wirklichkeit (Berger & Luckmann, 1967) vorgebeugt werden könnte. Es gibt keine stringenten Formulierungen zu Gerechtigkeits- und Verantwortlichkeitsfragen, die auf dem Markt der Meinungen eine prägende Rolle spielen könnten und die alldahin aufflackernden Empörungen zu dämpfen vermöchten.

Für die Vermeidung und den Abbau von Spannungen und Konflikten zwischen den Regionen ist eine Offenlegung der unterschiedlichen Interessen, Ansprüche und Sichtweisen Voraussetzung. Gegenseitiges Verständnis erfordert Wissen übereinander. Zweck dieses Beitrages ist es, einige Kategorien für die Formulierung der Interessen, Erwartungen und Sichtweisen anzubieten.

### 1. Zur Gerechtigkeit von Verteilungen und Umverteilungen

Zum Urteil, es liege eine Ungerechtigkeit vor, sind zwei Fragen zu beantworten: (1) Sind Ansprüche verletzt worden, die durch ein Gerechtigkeitsprinzip begründet sind? (2) Wer ist für die Anspruchsverletzung verantwortlich? Zu beiden Fragen sind im Falle von Verteilungen und Umverteilungen in jedem Falle mehrere Antworten möglich. Sowohl über Gerechtigkeitsprinzipien und die daraus abgeleiteten Ansprüche als auch über Verantwortlichkeiten gibt es in der Regel unterschiedliche Sichtweisen, wenn nicht Konflikte. Es ist nützlich, sich die unterschiedlichen Sichtweisen bewußt zu machen. Eine dritte Frage kann sich anschließen: Wer ist für eine Kompensation der verletzten Ansprüche verantwortlich?

<sup>1</sup> Einige der Argumente dieses Beitrages sind erstmals in einem Vortrag auf dem 38. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie 1992 in Trier dargelegt worden (vgl. Montada, L., *Fallen der Gerechtigkeit: Zur Begründung der Umverteilungen von West nach Ost*. Ber. 38. Kongr. d. DGPs 1992 in Trier. Göttingen: Hogrefe. In Druck).

### 1.1 Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit

Es sind viele Modelle der Verteilung in Gebrauch: Die Grundfrage ist, ob alle gleiche Anteile erhalten sollen oder ob ungleiche Anteile zu rechtfertigen sind. Ungleiche Anteile können z.B. gemäß Sozialstatus, Alter, Geschlecht, bisherigen Leistungen, zu erwartenden Leistungen, bisherigen Nachteilen und Belastungen, aktueller Bedürftigkeit, zu erwartendem persönlichen Nutzen oder allgemeinen Nutzen u.a.m. vorgenommen werden. Für alle Kriterien der Verteilung gibt es Rechtfertigungsargumente. Die Entscheidung, welches Kriterium oder welche Kriterien in welcher Mischung im Einzelfall gelten sollen, ist deshalb umstritten. In Auseinandersetzungen spielen im übrigen nicht nur Gerechtigkeitsargumente eine Rolle, sondern auch funktionale Gesichtspunkte: Die Funktion einer Verteilung für den Gesamtnutzen ist das Kriterium des Utilitarismus. Die Auswirkungen von Verteilungen auf den Zusammenhalt und die Harmonie in einer Gemeinschaft sowie auf die Leistungsbereitschaft u.a.m. sind experimentell untersucht worden (Mikula, 1980).

In der Tat werden bei Entscheidungen über die Verteilung von Gütern, Rechten und Privilegien in aller Regel Gerechtigkeitsgesichtspunkte und funktionale (Effekt- oder Effizienz-)Überlegungen kombiniert. Das gilt für die Zuweisung von Studienplätzen, für Organtransplantationen, Entlassungen wegen Absatzeinbußen und andere "lokal" geregelten Verteilungen (Elster, 1992) bis zu Entscheidungen über die Steuerlasten und die Wirtschaftsordnung, die sozusagen "globale" Entscheidungen darstellen.

Eine Wirtschaftsordnung, die - wie der Utilitarismus - die Maximierung des Gemeinnutzens als Effizienzkriterium hat, wird Ungleichheiten im Einkommen und Besitz tolerieren, wenn sie der Gesamtproduktivität und dem Gesamtnutzen zugute kommen. Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten mußte aber Vorsorge getroffen werden, daß die Maximierung des Gesamtnutzens nicht auf Kosten einzelner, insbesondere nicht durch Ausbeutung der Schwächeren geschieht. Pareto hat deshalb gefordert, daß niemand durch eine nutzenorientierte Entscheidung gegen seinen Willen geschädigt werden darf (vgl. Schäfer, 1989), Rawls (1977), daß Ungleichheit nur tolerierbar ist, wenn auch die Schlechtestgestellten davon profitieren, Dworkin (1990), daß die gleichen Freiheitsrechte aller gewahrt werden müssen.

Dies sind Versuche, eine Balance zwischen funktionalen oder Effizienzgesichtspunkten und Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu sichern, wenn es um konkrete Entscheidungen geht. Zum Beispiel: Welche Steuerquote ist gerecht, um Bedürftigen zu helfen und die Allgemeinaufgaben des Staates (wie Bildung, innere und äußere Sicherheit, Verwaltung, Gesundheitswesen, Verkehrswesen usw.) zu bewältigen? Welche Einkommensabschöpfung durch Steuern gefährdet aber die Leistungsmotivation und die Gesamtproduktivität? Denn ohne Produktivität lassen sich die allgemeinen Güter nicht schaffen und erhalten, auch den Bedürftigen kann nicht geholfen werden.

Halten wir vorerst fest, daß verschiedene Verteilungsprinzipien in Konkurrenz stehen, Gleichheit in verschiedenen Varianten, Leistungs- oder Bedürftigkeitsabhängigkeit, deren Geltung, Gewichtung und Implementation im Einzelfall umstritten ist, insbesondere auch, weil Gerechtigkeits- und Effizienzgesichtspunkte konkurrierend ins Spiel gebracht werden.

### 1.2 Urteile über Verantwortlichkeit

Die zweite Frage, die zur Feststellung einer Ungerechtigkeit beantwortet werden muß, ist die nach der Verantwortlichkeit für Anspruchsverletzungen oder für erlittene Nachteile. Hier gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten: (1) Die Schlechtergestellten sind selbst verantwortlich. (2) Niemand ist verantwortlich, weil die Nachteile durch unkontrollierbare Zufälle sozialhistorischer oder natürlicher Art verursacht sind. (3) Andere Personen oder Institutionen (auch ein Staat) sind verantwortlich. Nur diese letzte Möglichkeit erlaubt es, von einer Ungerechtigkeit zu reden, natürlich nur dann, wenn ein Gerechtigkeitsprinzip verletzt worden ist.

Wenn niemand verantwortlich zu machen ist, wenn z.B. Naturereignisse oder undurchschaubare, unkontrollierbare Kausalketten sozialer oder wirtschaftlicher Art als Ursachen der Nachteile gesehen werden, kann zwar das Schicksal der Benachteiligten als unverdient eingeschätzt werden, es ist aber niemandem ungerechtes Handeln vorzuwerfen. Das schließt nicht aus, daß Personen oder Institutionen ungerechte Unterlassung von Unterstützung und Hilfe vorgeworfen werden kann, wenn eine normative Forderung nach Ausgleich unverschuldeter Nachteile besteht, die in vielen Gemeinschaften existiert und in informellen oder formellen (z.B. Versicherungssystemen) Ordnungen geregelt ist. Wenn die Nachteile als selbstverschuldet angesehen werden, handelt es sich nicht um eine Ungerechtigkeit, deren Ausgleich normativ gefordert ist. Wer an der Börse sein Geld verspielt, ist ein Verlierer, nicht Opfer einer Ungerechtigkeit. Wer die Pflichten zur Leistung, zur Vorsorge, zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit, zur beruflichen Weiterbildung usw. verletzt, ist nicht Opfer einer Ungerechtigkeit, sondern eigenen Verschuldens.

Nun sind in jedem Falle unterschiedliche Sichtweisen über die Verantwortlichkeit möglich. Ereignisse (wie Verluste, Beeinträchtigungen) und Gegebenheiten (wie Armut oder die Leistungsfähigkeit von Personen, Betrieben und Volkswirtschaften) haben viele Ursachen, und allen Personen und Institutionen, denen an irgendeinem Punkt einer Verursachungskette ausreichende Einflußmöglichkeiten zugeschrieben werden, daß sie den Verlauf der Geschehnisse hätten ändern können, können verantwortlich gemacht werden. Hier ist Platz für individuelle Voreingenommenheiten (Montada, 1984) wie für die soziale Konstruktion der Wirklichkeit durch Verantwortlichkeitszuschreibungen aufgrund ideologischer Überzeugungen und politischer Interessen. Z.B. kann Armut als selbstverschuldet, als Ergebnis von Ausbeutung, als Folge unkontrollierbarer Prozesse (z.B. von Dürrekatastrophen oder der Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt oder der "natürlichen" Kompetenzunterschiede), als Folge einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung angesehen werden. Armut wird nur dann als ungerecht eingeschätzt, wenn andere für ihre Entstehung bzw. Nichtbeseitigung verantwortlich gemacht werden.

## 2. Umverteilungen im vereinten Deutschland

Die alten Bundesländer und ihre Bevölkerung sind zur Zeit ungleich wohlhabender als die neuen Bundesländer und ihre Bevölkerung. Die Ungleichheiten wären noch ausgeprägter, wenn nicht bereits Umverteilungen über die Versicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte vorgenommen worden wären. Der Umfang dieser Umverteilung muß auf längere Sicht gesteigert werden. Das war in der Debatte um den Solidarpakt Konsens. Es ist heute erkennbar, daß diese Steigerung nicht aus dem Wirtschaftswachstum geleistet werden kann, sondern durch Steuererhöhungen, eine Umverteilung der Steuereinkünfte ("Länderfinanzausgleich") und durch eine Erhöhung der Kreditaufnahme für die öffentlichen Haushalte, also durch eine Anleihe an die Zukunft, die künftige Generationen belasten wird. Die finanziellen Transfers werden zum "Aufbau Ost", zur Reduktion der Arbeitslosigkeit, zur Vermeidung von Verarmung, zur allmählichen Angleichung der Einkommen, zur Entschädigung von Opfern des DDR-Regimes benötigt.

Geht man von der Forschung zur Hilfsbereitschaft aus, wird die Bereitschaft zum Lastenausgleich im Westen und zur Akzeptanz fortdauernder Nachteile im Osten von der Beantwortung dreier Fragen bestimmt sein: (1) Besteht ein Anspruch auf Hilfe und wie ist er begründet? Das heißt, welches Gerechtigkeitsprinzip wird zugrundegelegt, und wie wird die Verantwortlichkeit für die Hilfsbedürftigkeit beurteilt? (2) Besteht die Möglichkeit zu effektiver Hilfe? (3) Welche Kosten und Risiken hat die geleistete Hilfe, im Westen wie im Osten?

### 2.1 Begründung von Ansprüchen auf Transferleistung

Wie sind die Ansprüche auf diese Transfers begründet? Verteilungsregeln gelten innerhalb der Grenzen sozialer Systeme (Staaten, Staatengemeinschaften, andere Gemeinschaften). Ansprüche auf Zuteilungen setzen in der Regel Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft voraus (Cohen, 1986). Erst die Mitgliedschaft in einer sozialen Gemeinschaft, z.B. Staatsangehörigkeit, begründet Rechte, Ansprüche auf Zuteilungen von Gütern, wie sie im übrigen auch Pflichten begründet. Der Eintritt in eine Gemeinschaft ist in der Regel nicht frei, manchmal auch der Austritt nicht. Grenzen von Gemeinschaften und Mitgliedschaften sind nicht nur als formale und rechtliche wirksam. Psychologisch bedeutsam sind auch subjektive Grenzziehungen. Wer die gesamte Menschheit als Gemeinschaft auffaßt, billigt allen Völkern das Recht auf Teilhabe am Wohlstand zu. Wer die Grenzen subjektiv enger zieht, als die Staatsgrenzen es vorgeben, schließt damit Teile der Staatspopulation (z.B. Minoritäten) aus der persönlichen Solidar- und Verantwortungsgemeinschaft (Deutsch, 1985) aus.

Die Mitgliedschaft in einem wohlhabenden Rechtsstaat ist die vielleicht wichtigste Zuteilungsentscheidung überhaupt. Die Asylanten-, Flüchtlings- und Aussiedlerproblematik illustriert die Bedeutung der Mitgliedschaft eindrucksvoll. Unter dem Titel "moral exclusion" (Opotow, 1990) ist das Fernhalten und der Ausschluß aus der Solidar- und Verantwortungsgemeinschaft ein politisch hoch virulentes Forschungsfeld, in dem auch die informellen Prozesse des Ausschlusses (wie Diskriminierung, Dehumanisierung von Teilpopulationen und Minoritäten) analysiert werden.

In der Frage des Beitritts der neuen Bundesländer war die Frage der Mitgliedschaft gestellt, nehmen wir einmal an, mehr in Erwartung der Teilhabe am westlichen Wohlstand als in Erwartung von Belastungen, existenzbedrohender Konkurrenz, dem Verlust von Arbeitsplatz und Status. Es gibt manche im Westen und im Osten, denen die Folgekosten des Beitritts zu hoch erschienen und die meinen, er wäre besser unterlassen worden. Diejenigen, die im Westen so denken, vergessen, daß die Vereinigung in der Verfassung verankertes Staatsziel der Bundesrepublik war.

Mit der Vereinigung und mit der Mitgliedschaft sind die üblichen Teilhaberechte an den Allgemeinaufgaben des Staates (auf Fürsorge, Sicherheit, Rechtssicherheit usw.) erworben sowie das Recht, über Verteilungen von Ressourcen neu zu verhandeln und zu entscheiden, sofern der Einigungsvertrag nicht bereits Verhandlungsergebnisse enthält. Interessengegensätze zwischen den alten und den neuen Bundesländern und ihren Bevölkerungen sind offensichtlich.

Der Anspruch auf Mitgliedschaft und die Ansprüche auf Umverteilungen lassen sich historisch begründen. Durch Zuordnung zum sowjetischen Herrschaftsbereich hat die Bevölkerung der ehemaligen DDR eine im Vergleich zu Westdeutschland unverschuldete drastische Benachteiligung erfahren. Durch die Teilung Deutschlands und die Zuordnung zu unterschiedlichen Machtblöcken mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen waren die Entwicklungschancen ungleich. Es bestand also keine Chancengleichheit. Man kann weitergehen und sagen, daß Westdeutschland die eigene Freiheit und den in dieser Freiheit erwirtschafteten Wohlstand vielleicht nur dadurch erlangt hat, daß das Gebiet und die Bevölkerung der DDR dem Ostblock überlassen wurde. Das kann man analog einer Ausbeutung interpretieren. Wenn eine Verantwortungsgemeinschaft Deutschland die Periode der Zweistaatlichkeit überdauert hat, dann sind die Nachteile im Osten auszugleichen, dann sind Entschädigungsleistungen von dort zu beanspruchen.

Eine letzte Begründung für Transferleistungen sei genannt: Die Vereinigung hat einem Teil der Bevölkerung der neuen Bundesländer Vorteile gebracht, einem anderen Teil auch Nachteile wie Statusverlust, relativer (nicht notwendigerweise absoluter) Abstieg in der Einkommensskala, Arbeitsplatzverlust, Verluste an Arbeitsplatzsicherheit, Mietsicherheit u.a.m. Es handelt sich im deutsch-deutschen Vergleich nicht nur um Ungleichheiten in Bezug auf Wohlstand und Sicherheit, die während der Periode der Zweistaatlichkeit "gewachsen" sind, sondern teilweise auch Ungleichheiten durch neue Verluste. Es gibt Theorien des politischen Protests und Aufstands, die Verlusten eine besondere Bedeutung zumessen (Moore, 1984). Während "gewachsene" Ungleichheiten im Wohlstand von Mehrheiten aller Schichten hingenommen wenn nicht gerechtfertigt werden, werden Verluste meist als unverdient und ungerecht angesehen. Das ist der Sinn des erwähnten Prinzips, das Pareto vorgeschlagen hat. Kanzler Kohl hat im Wahlkampf des Herbstes 1990 dieses Kriterium der "Pareto-Effizienz" angelegt und gesagt, daß es durch die Vereinigung niemandem schlechter und vielen besser gehen werde. Damit wäre nach utilitaristischem Effizienz- und nach Paretos Gerechtigkeitsprinzip die Vereinigung gerechtfertigt. (Kohl versprach im übrigen auch den Bürgern im Westen, daß es ihnen nicht schlechter gehen werde, daß die Kosten der Einheit aus dem Wirtschaftswachstum zu leisten wären.)

Der Anspruch besteht jedenfalls, das erreichte Niveau mindestens zu behalten. Werden Verantwortliche für diese Verluste ausgemacht oder gar Profiteure, richten sich die Anschuldigungen gegen diese. Sofern also der Bundesregierung Vorwürfe

von Fehlentscheidungen, beispielsweise in Eigentumsfragen, oder der Treuhand bezüglich Firmenschließungen und Privatisierungen gemacht werden, richten sich Vorwürfe und Forderungen des Ausgleichs an diese.

## 2.2 Bedingungen der Akzeptanz und Abwehr von Ansprüchen auf Umverteilungen

Es ist keineswegs so, daß alle Bessergestellten in einer Gesellschaft ihren relativen Wohlstand für gerechtfertigt halten und verteidigen (Hochschild, 1981). Wir haben in eigenen Untersuchungen durchaus Zweifel an der Gerechtigkeit eigener Vorteile bei Bessergestellten gesehen und "existentielle" Schuldgefühle wegen partiell unverdienten Wohlstands gefunden (Montada, Schmitt & Dalbert, 1986; Montada, Schneider & Reichle, 1988). Die Wahrnehmung ungerechter Benachteiligung von sozial Schwachen und unverdienter eigener relativer Privilegierung motiviert viele zu einem Ausgleich und zu Engagement für die sozial Schwächeren. Als eine entscheidende Barriere gegen die Bereitschaft zu Hilfe und Ausgleich sind Selbstverschuldungsvorwürfe gegenüber den Schlechtergestellten anzusehen. Wird die Verantwortung für die gegebenen Nachteile den Schlechtergestellten selbst zugeschrieben, werden diesen Vorwürfe gemacht, wird keine Ungerechtigkeit wahrgenommen und die eigenen Vorteile werden eher als gerechtfertigt verteidigt (Montada & Schneider, 1990, 1991).

Wir haben zur Zeit keine Daten über die Verteilung der Ansichten darüber, ob die drastischen Unterschiede im Wohlstand zwischen den Bevölkerungen der alten und der neuen Bundesländer unverdient und ungerecht seien, und ob die Lage in der ehemaligen DDR selbstverschuldet sei. Diese Ansichten könnten von eminenter Bedeutung für die Akzeptanz oder Ablehnung eines Lastenausgleichs im Westen werden, wenn dieser spürbare längerfristige Einschränkungen erfordert. Diese Ansichten werden u.a. von Überzeugungen abhängen, (1) inwieweit die DDR und die DDR-Bevölkerung unverschuldete Opfer des zweiten Weltkrieges wurden, (2) inwieweit die Lage in der DDR durch das Regime mitverschuldet war und (3) inwieweit die Bevölkerung Opfer des politischen Regimes war.

Zur Abwehr von Ansprüchen sind folgende Argumente häufig zu finden:

- Die DDR-Bevölkerung war in weiten Teilen nicht Opfer. Denn es gab große Teile, die sich in der SED oder in einer der Blockparteien, im Staatsapparat, in der Staatssicherheit, in ihrer beruflichen Arbeit, z.B. als Pädagogen oder Journalisten, für die Staatsideologie und die Staatsziele eingesetzt haben. Die Teile der Bevölkerung, die den DDR-Staat und seine Integration in den Ostblock offenbar gewollt haben, werden nicht als deren Opfer angesehen.
- Der DDR-Staat hat den Zustand der Industrie und Wirtschaft auch selbstverschuldet wegen falscher und ineffektiver Politik und Organisation, die Eigeninitiative und Leistungsmotivation lähmte. Die Dankes- und Ergebnissadressen an den sowjetischen Bruderstaat zeigen, daß die Einbindung in den Warschauer Pakt und das Comecon vom Staat nicht als aufoktroziert erlebt wurde, sondern dankbar akzeptiert war.

- Zur Frage, wer für den Ausgleich der Nachteile verantwortlich ist, hört man im Westen immer wieder: Zunächst einmal müßten die Verantwortlichen und die Profiteure des alten Systems mit ihrem Vermögen herangezogen werden. Der DDR-Staat wurde durch die SED und die Blockparteien getragen. Die Vermögen dieser Partei müßten eingezogen werden. Die Mitglieder der ehemaligen Nomenklatura und andere Günstlinge des DDR-Staates, die zu günstigen Bedingungen Privatbesitz erworben haben, der heute Millionenwerte darstellt, liefern Argumente, die eigene Verantwortung für den Aufschwung Ost so lange aufzuschieben, bis diese Profite eingezogen sind. Diese Argumente sind nur durch Überprüfung der Rechtmäßigkeit von erworbenem Besitz und durch Aufklärung über die Rechtslage zu entkräften.

Zur Relativierung solcher Abwehrargumente könnten wiederum Gegenargumente vorgebracht werden, unter anderem folgende:

- Ein erheblicher Anteil der DDR-Bevölkerung stand dem Staat ablehnend gegenüber. Das ist offenkundig bei verfolgten Dissidenten und Republikflüchtlingen. Der Tatbestand eines verbreiteten Rückzugs in unpolitische Nischen wäre hier ebenso zu nennen wie der zunehmende Zulauf zur Kirche, die einen gewissen Freiraum des Denkens und Diskutierens bot.
- Im Zusammenhang hiermit werden die Wahlfälschungen in der DDR und ihre heutige juristische Bewertung bedeutsam. Eine als riskant einzuschätzende Ablehnung des Regimes bei Wahlen würde eine Distanzierung vom DDR-Staat dokumentieren. Die Wahlfälschungen haben diese Form der Distanzierung der Öffentlichkeit vorenthalten. Ihre Strafverfolgung und Verurteilung heute würde helfen, das Bild einer überwältigenden Akzeptanz des Regimes bei Wahlen zu korrigieren.
- Die Risiken einer Distanzierung vom Staat waren in einem Spitzelstaat wie der DDR sehr hoch. Eine fortdauernde Berichterstattung über diese Risiken (Gefängnisstrafen, Verhöre, Benachteiligungen in Beruf und Ausbildung, auch der Kinder, Benachteiligung in der Zuteilung von Privilegien) würde helfen, Verständnis für die Tatsache zu schaffen, daß Widerstand und Widerspruch bis in die letzten Monate der Existenz der DDR eher selten war, ohne daß daraus auf Zustimmung zum DDR-Staat zu schließen ist.
- Schließlich könnten auch die objektiven Zwänge angeführt werden, die das DDR-Regime nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Wirtschafts- und Innenpolitik durch die Sowjetunion und die Einbindung in das östliche Militär- und Wirtschaftssystem hinzunehmen hatte. Beispiele für massive Interventionen und Interventionsdrohungen bei Versuchen, eigene Wege zu gehen, liefert die Geschichte aller Satellitenstaaten.

Diese Auseinandersetzung ist eine um den Opferstatus der DDR und ihrer Bevölkerung in der Nachkriegsperiode. Nur wenn der unverschuldete Opferstatus der Bevölkerungsmehrheit in der öffentlichen Meinung durchgesetzt werden kann, ist aus den erfahrenen Nachteilen ein Anspruch auf längerfristige Ausgleichsleistungen ableitbar. Je mehr Vorwürfe der Selbstverschuldung der Lage durch den DDR-Staat und ihrer Bürger und je mehr Belege für eine breite Tolerierung, wenn nicht gar Identifikation



der Bevölkerung mit dem Regime geglaubt werden, um so mehr wird der Opferstatus in Frage gestellt. Wahlerfolge der PDS und Stimmen, die angesichts aktueller Probleme die alten Verhältnisse zurückwünschen, werden als Identifikation mit dem alten Regime interpretiert. Die diesbezügliche soziale (Re-)Konstruktion der historischen Wirklichkeit ist selbstverständlich nicht beliebig nach wünschbaren Ergebnissen auszurichten. Sie muß veritabel und nachprüfbar sein, um glaubwürdig zu sein.

Wir müssen bedenken, daß der Opferstatus auch Probleme schaffen kann. Die Viktimisierungsforschung weist eine bemerkenswerte Ambivalenz gegenüber dem Opferstatus aus. Der Status des Opfers ist für viele nicht sehr attraktiv und auch sozial nicht sehr geachtet, wenn die Opfer nicht gerade für politische Zwecke und die moralische Selbstdarstellung ihrer Advokaten ausgenutzt werden. Damit der Status sozial aufgebessert wird, müssen schon heldenhafte Züge hinzukommen: Der verfolgte Dissident, der verletzte Soldat sind nicht einfach Verlierer, sie sind nicht einfach Opfer geworden, sie haben ein Opfer gebracht, in Verfolgung ihrer Überzeugung oder ihrer Pflicht. Ihre Verluste tragen eher bei zu einer respektablen Identität. Das schlichte Opfer hat keinen Status, keinen Nimbus.

Das mag ein Grund sein, warum viele versuchen, ihr Opfersein und dessen Ungerechtigkeit zu leugnen. Viele Bewältigungsstrategien helfen ihnen dabei, z.B. die Suche nach Sinn, wodurch Verluste kompensiert werden, Abwärtsvergleiche, die die Verluste relativieren, die Relativierung und Verleugnung der Verluste selbst. Diese Strategien scheinen zu helfen, die erlittenen Verluste besser zu verkraften (zum Überblick Montada, 1993). Das kann ein Grund sein, daß auch die eigene Lage in der DDR durchschnittlich deutlich besser bewertet wird als die Lage der neuen Bundesländer im allgemeinen (Lange & Schöber, 1993, zit. nach Der Spiegel vom 22. Februar 1993, S. 72), eine Beobachtung, die analog Crosby (1984) bei Frauen machte, die die Gerechtigkeit der Lage von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bewerten sollten. Diese motivationale Dynamik sollte bei der Interpretation von Meinungsumfragen nicht außer acht gelassen werden.

### 2.3 Diskurse über Gerechtigkeit

Es gibt also verschiedene Sichtweisen bezüglich dessen, was als gerechtfertigter Anspruch zu gelten hat. Diese Sichtweisen haben nicht dieselbe subjektive Veritabilität. Wer sich über eine Ungerechtigkeit oder unbillige Forderungen empört, hat sich festgelegt auf die Sicht, daß andere die Verletzung von Rechten oder Ansprüchen zu verantworten haben. Die emotionale Intensität ist jedoch kein Maßstab der Wahrheit, sondern - wenn wir an ideale Diskurse denken - eher ein Maßstab für Einseitigkeit.

Heftige Emotionen sind gegenwärtig in Deutschland unproduktiv. Sie können am ehesten dadurch vermieden werden, daß wir in den öffentlichen Debatten diskursive Erörterungen führen, in denen nicht subjektive Wahrheiten in assertorischen Konfrontationen vertreten werden, sondern verschiedene Sichtweisen als Optionen angeboten werden und eine sachliche Aufnahme und Betrachtung auch der nicht geteilten Sichtweisen demonstriert wird. Die prinzipielle Akzeptanz einer Pluralität von Sichtweisen relativiert den Wahrheitsanspruch jeder einzelnen und bereitet den Boden für die Akzeptanz von Kompromißlösungen.

Dies ist insbesondere bei Gerechtigkeitsfragen bedeutsam. Wir reden üblicherweise von der Gerechtigkeit im Singular, so, als ob es in jedem Falle eine gerechte Lösung gebe. Was Verteilungsgerechtigkeit anbelangt, stehen (1) in allen Problemsituationen verschiedene Prinzipien (z.B. Leistung, Gleichheit, Bedürftigkeit) zur Wahl, (2) die Verantwortlichkeiten für die gegebene Ausgangslage sind selten eindeutig zu beurteilen, und (3) die Gerechtigkeitsbewertungen sind sinnvollerweise prospektiv um Effizienzbewertungen zu ergänzen. Bei Umverteilungen sind die zu verteilenden Ressourcen oder Rechte anderen zu entziehen, was diese als Verluste wahrnehmen und was die Gerechtigkeitsproblematik noch kompliziert.

Es wäre viel gewonnen, wenn Gerechtigkeit im Plural verwendet würde, was helfen würde, von vorneherein verschiedene Perspektiven einzunehmen. Es gibt keine Lösung einer Ungerechtigkeit, die nicht andere Ungerechtigkeiten schafft, wie Rüthers (1991) für die Rechtsprechung argumentiert hat. Es ist besser, nicht von Gerechtigkeit zu reden, sondern von einer Minimierung der Ungerechtigkeiten. Eine Einsicht, daß dies ein Piece-Meal-Prozeß ist, würde gleichzeitig die angemessene Bescheidenheit garantieren und die selbstverständliche Erwartung schaffen, daß man die Realisierung jeder Lösung auf neu entstehende Ungerechtigkeiten hin zu überwachen hat.

### 3. Risiken und "Fallen" bei Umverteilungen

Empathie oder Mitleid wird weithin als die Motivation schlechthin zur Hilfsbereitschaft und Unterstützung gesehen (Batson, Shaw & Slingsby, 1991; Eisenberg & Miller, 1987; Hoffman, 1976). Wir konnten das in unseren Untersuchungen über prosoziale Handlungsbereitschaften Bessergestellter gegenüber sozial Schwachen nicht bestätigen (Montada & Schneider, 1990). Erst die von den Bessergestellten erlebte Ungerechtigkeit schafft die Motivation zur Unterstützung und zum Ausgleich. Mitleid setzt kein Anrecht der Bedürftigen auf Unterstützung und auf Umverteilung voraus. Mitleid mag durchaus auch ausreichen, bei persönlicher Begegnung mit Notleidenden und innerhalb von Primärgruppen Hilfsbereitschaft zu motivieren. Auf der Ebene gesellschaftlicher Umverteilungen scheint die Akzeptanz gerechtfertigter Ansprüche die sicherere motivationale Basis darzustellen.

Auf Seiten der Hilfeempfänger gibt es korrespondierende Ergebnisse. Hilfeempfänger fühlen sich besser, wenn sie Ansprüche auf Hilfe geltend machen können (etwa weil sie zuvor Leistungen erbracht haben), als wenn ihnen die Hilfe "gnädig gewährt wird" (Bierhoff, 1991; Fisher, Nadler & Whitcher-Alagna, 1982). Es ist offenbar angenehmer, ein Recht auf Zuwendungen zu haben als lediglich darauf angewiesen zu sein. Viele Hilfeempfänger haben Selbstachtungsprobleme, wenn sie keine anderen Anrechte geltend machen können als auf ihre Notlage zu verweisen. Soziale Austauschtheorien lassen das auch erwarten: Unausgewogene Interaktionen sind belastend.

Weiter ist zu beachten, daß Begründungen für Ansprüche und Forderungen durchaus nicht gleichwertig sind. Es macht einen Unterschied, ob ein Anspruch durch eigene Leistungen, vorausgegangene Ausbeutung oder Benachteiligung begründet ist und damit als Anspruch auf Ausgleich oder Wiedergutmachung gilt, oder ob ein Anspruch durch Bedürftigkeit begründet ist. Im ersten Falle ist die Einlösung des An-

spruchs die Erfüllung zuvor erworbener Rechte, im zweiten Fall stellt gewährte Unterstützung eine Schuld dar, die nachträglich wieder zu tilgen ist (durch Rückzahlungen, Leistungen, Dankbarkeit usw.).

Insbesondere bei längerwährendem Angewiesensein auf Zuwendungen ist es daher wichtig, die Begründung eines Anspruchs sorgfältig zu erwägen. Wird der Zuwendungsbedarf lediglich mit der aktuellen Bedürftigkeit begründet, wird zunächst einmal nach den Ursachen der Bedürftigkeit gefragt. Ist die Abhilfe kostspielig, kann sie abgelehnt werden, wenn eine Mitschuld der Bedürftigen an ihrer Lage erkannt oder konstruiert werden kann. Ist das nicht der Fall, wird auf Seiten der Geber auch Mitleid geweckt, vielleicht aber auch Fragen nach dem Grund der Bedürftigkeit ausgelöst. Wenn in diesem Falle Unterstützung gewährt wird, dann mit Effizienzerwartungen und -forderungen. Längerfristige Bereitschaft zur Hilfe hängt vornehmlich von der Effektivität und dem Erfolg der bereits geleisteten Hilfe ab (Weiss et al., 1973; Wills, 1978). Die Forschung zur sozialen Unterstützung bei individuellen Verlusten und Problemen zeigt etwa, daß Hilfsbereitschaft rasch schwindet, wenn erste Leistungen nicht rasch erfolgreich sind, wenn z.B. weitere Hilfsbegehren die Ineffektivität der anfänglichen Hilfsleistungen belegen. Es kommt dann häufig schon bald zu negativen Reaktionen wie Kritik oder Abwertung der Hilfsbedürftigen (Bennett-Herbert & Dunkel-Schetter, 1992). Wer Hilfe erhält, geht damit eine implizite Verpflichtung ein, die Effektivität der Hilfeleistung auch zu belegen, d.h. die eigene Lage innerhalb eines bei den Helfern mitgedachten angemessenen Zeitraums zu verbessern (Rabinowitz, Karuza & Zevon, 1986). Nicht rasch erfolgreiche Förderprogramme in Bildung, Rehabilitation oder Entwicklungshilfe enden in der Regel in diskriminierender Abwertung der Geförderten und dem nachträglichen Urteil, daß die Hilfe nicht verdient war (Brickman, 1977; Feagin, 1975; Hardin, 1977).

Die Mitgliedschaft der neuen Bundesländer garantiert noch keine längerfristige Bereitschaft zu Transferleistungen aus den alten Bundesländern für den Aufbau im Osten. Wenn der "Aufschwung Ost" auf sich warten läßt, wenn die Haushaltsdefizite der neuen Bundesländer und die eventuell staatlichen "Industriekerne" für längere Zeit einen steigenden Subventionsbedarf haben, dann taucht die Frage auf, ob diese Transferleistungen effizient sind. Das Urteil der Ineffizienz schafft Diskrimination und Resentiments und demotiviert die Bereitschaft zur Fortsetzung der Leistungen. Wenn jedoch historische Gerechtigkeitsgründe für Leistungsansprüche geltend gemacht werden, dann müssen die Ansprüche erfüllt werden; sie können nicht ohne Schuldreste mit Verweis auf fehlende Effizienz ohne weiteres ausgesetzt werden.

In Leistungsgesellschaften bekommt der Markt mit seinem Leistungs- und Verdienstprinzip auch die besseren Gerechtigkeitsnoten im Vergleich zur Politik, die mit Steuereinnahmen den in der Tat notwendigen Ausgleich zu den Prozessen des Marktes mit Prinzipien der Gleichheit, der Chancengleichheit und der Bedürftigkeit, z.B. in Bildung und Erziehung und in sozialpolitischen und gesundheitspolitischen Programmen schafft. Die Politik wird für diese Umverteilungen öffentlicher Mittel immer auch kritisiert, während die Mechanismen und Spielregeln des Marktes weithin akzeptiert werden (Lane, 1987). Jede staatliche Umverteilung wird von einigen Interessengruppen als verfehlt oder ungerecht kritisiert. Jeder Regierung wird von den Oppositionsgruppen vorgeworfen, sie "bediene" die eigene Klientel, sie mache Wahlgeschenke und verschwende die Ressourcen unverantwortlich.

Auf längere Sicht ist daher die Akzeptanz von Umverteilungen von ihrem Erfolg abhängig. Erweist sich ein Umverteilungsprogramm nicht wie erwartet als effektiv, wird die gesamte Politik und die Rechtfertigung des Lastenausgleichs eher abgelehnt werden. Zur Weckung und Aufrechterhaltung einer Bereitschaft zu Umverteilungen ist es daher wichtig, sowohl Erfolgskriterien zu definieren und realistische Zeiträume für die erhoffte positive Entwicklung anzusetzen. Fehlen angemessene Kriterien und Zeitvorstellungen, sind subjektive Bewertungen zu erwarten, die nicht sachkundig sind. Ein wichtiges Indiz des Erfolges wird auch das Meinungsbild in den neuen Bundesländern sein. Fortdauernde Klagen werden als Indiz für Ineffektivität, auch als Undankbarkeit aufgefaßt.

Vor allem aber ist bei allen Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen sehr sorgfältig darauf zu achten, daß sie nicht nur aktuell Verluste vertuschen, sondern längerfristig effizient sind. Über das Fürsorgeniveau hinaus lassen sich längerfristig Effizienzkriterien auch dann nicht aus der Rechtfertigung von Umverteilungen ausschließen, wenn ein Anspruch auf solche grundsätzlich gerechtfertigt erscheint.

### Literatur

- Batson, C.D., Shaw, L.L., & Slingsby, J.K. (1991). Practical implications of the empathy-altruism hypothesis: Some reflections. In L. Montada & H.W. Bierhoff (Eds.), *Altruism in social systems* (pp. 27-40). Lewiston, NY: Hogrefe & Huber Publishers.
- Bennett-Herbert, T., & Dunkel-Schetter, C. (1992). Negative social reactions to victims: An overview of responses and their determinants. In L. Montada, S.-H. Filipp, & M.J. Lerner (Eds.), *Life crisis and experiences of loss in adulthood* (pp. 497-518). Hillsdale N.Y.: L. Erlbaum.
- Berger, P.L., & Luckmann, T. (1967). *The social construction of reality*. Garden City, New York: Doubleday, Anchor.
- Bierhoff, H.W. (1991). Attribution of responsibility and helpfulness. In L. Montada & H.W. Bierhoff (Eds.), *Altruism in social systems* (pp. 106-129). Lewiston, NY: Hogrefe & Huber Publishers.
- Brickman, P. (1977). Preference for inequality. *Sociometry*, 40, 303-310.
- Cohen, R.L. (1986). Power and justice in intergroup relations. In H.W. Bierhoff, R.L. Cohen, & I. Greenberg (Eds.), *Justice in social relations* (pp. 65-84). New York: Plenum Press.
- Crosby, F. (1984). *Relative deprivation and working women*. New York: Oxford University Press.
- Deutsch, M. (1985). *Distributive justice: A social psychological perspective*. New Haven, CT.: Yale University Press.
- Dworkin, R. (1990). *Bürgerrechte ernst genommen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Eisenberg, N., & Miller, P. (1987). Empathy and prosocial behavior. *Psychological Bulletin*, 101, 91-119.
- Elster, J. (1992). *Local justice*. New York: Russel Sage Foundation.
- Feagin, J. (1975). *Subordinating the poor: Welfare and american beliefs*. Englewoods Cliffs, NJ: Prentice Hall.
- Fisher, J.D., Nadler, A., & Whitcher-Alagna, S. (1982). Recipient reactions to aid. *Psychological Bulletin*, 91, 27-54.
- Hardin, G. (1977). *The limits of altruism. An ecologist's view of survival*. Bloomington: Indiana University Press.
- Hochschild, J. (1981). *What's fair? American beliefs about distributive justice*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Hoffman, M.L. (1976). Empathy, role-taking, guilt, and development of altruistic motives. In T. Lickona (Ed.), *Moral development and behavior* (pp. 124-143). New York: Holt, Rinehart and Winston.
- Lane, R.E. (1987). Market justice, political justice. *American Political Science Review*, 80.

- Lepenes, W. (1992). Folgen einer unerhörten Begebenheit: Die Deutschen nach der Vereinigung. Berlin: Carso bei Siedler.
- Mikula, G. (1980). On the role of justice in allocation decisions. In G. Mikula (Ed.), *Justice and social interaction* (pp. 127-166). Bern: Huber.
- Montada, L. (1984). Voreingenommenheiten im Urteilen über Schuld und Verantwortlichkeit. In L. Montada, K. Reusser & G. Steiner (Hrsg.), *Kognition und Handeln* (S. 156-168). Stuttgart: Ernst Klett.
- Montada, L. (1993). Injustice in harm and loss. *Social Justice Research* (in press).
- Montada, L., Schmitt, M., & Dalbert, C. (1986). Thinking about justice and dealing with one's own privileges: A study of existential guilt. In H.W. Bierhoff, R. Cohen; & J. Greenberg (Eds.), *Justice in social relations* (pp. 125-143). New York: Plenum.
- Montada, L., & Schneider, A. (1990). Justice and emotional reactions to the disadvantaged. *Social Justice Research*, 3, 313-344.
- Montada, L., & Schneider, A. (1991). Justice and prosocial commitments. In L. Montada & H.W. Bierhoff (Eds.), *Altruism in social systems* (pp. 58-81). Lewiston, NY: Hogrefe & Huber Publishers.
- Montada, L., Schneider, A. & Reichle, B. (1988). Emotionen und Hilfsbereitschaft. In H.W. Bierhoff & L. Montada (Hrsg.), *Altruismus. Bedingungen der Hilfsbereitschaft* (S. 130-153). Göttingen: Hogrefe.
- Moore, B. (1984). Ungerechtigkeit: Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Frankfurt: Suhrkamp.
- Opotow, S. (1990). Moral exclusion and injustice: An introduction. *Journal of Social Issues*, 46, 1-20.
- Rabinowitz, V.C., Karuza, J., & Zevon, M.A. (1986). Fairness and effectiveness in premediated helping. In J.M. Olson, C.P. Hermann, & M.P. Zanna (Eds.), *Relative deprivation and social comparison* (pp. 63-92). Hillsdale, N.J.: Lawrence Erlbaum.
- Rawls, J. (1977). *Gerechtigkeit als Fairneß*. Freiburg: Alber.
- Rüthers, B. (1991). *Das Ungerechte an der Gerechtigkeit*. Zürich: Edition Interfrem.
- Schäfer, H.-B. (1989). Allokationseffizienz als Grundprinzip des Zivilrechts. In C. Ott & H.-B. Schäfer (Hrsg.), *Allokationseffizienz in der Rechtsordnung* (S. 1-25). Berlin, Heidelberg. Springer.
- Weiss, R.F., Boyer, J.L., Lombardo, J.P., & Stich, M.A. (1973). Altruistic drive and altruistic reinforcement. *Journal of Personality and Social Psychology*, 25, 390-400.
- Wills, T.A. (1978). Perceptions of clients by professional helpers. *Psychological Bulletin*, 85, 968-1000.